

An den  
Vorsitzenden des Rates der Stadt Velbert  
Herrn Dirk Lukrafka  
Thomasstr. 1  
42551 Velbert

Velbert, 30.10.2014

Die internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die unterzeichnenden Fraktionen bitten den Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Bei den derzeit verhandelten „Freihandelsabkommen“ TTIP, CETA und TISA handelt es sich um eine „neue Generation“ von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.  
Die Stadt Velbert setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Umwelt-, Verbraucherschutz- sowie Sozial- und Bildungspolitik ein. Daher lehnt sie TTIP, CETA und TISA in ihren derzeit bekannten Formen ab.
2. Der Bürgermeister der Stadt Velbert wird gebeten, diese ablehnende Haltung
  - a. gegenüber dem Nordrhein westfälischen und Deutschen Städtetag auszudrücken,
  - b. den Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen im Europäischen Parlament, im Bund und im Land bekannt zu geben und sie aufzufordern, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen,
  - c. der Bundeskanzlerin und dem Bundes-wirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen,
  - d. gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen und in geeigneter Weise, u.a. über die Presse, bekannt zu machen.
3. Der Rat der Stadt Velbert fordert die Landesregierung NRW, die Bundesregierung, das EU-Parlament und die EU-Kommission auf:
  - a. für transparente und öffentliche Verhandlungen zu sorgen,
  - b. den Mitgliedsstaaten Mitspracherechte einzuräumen,
  - c. jeden Eingriff in die grundgesetzlich geschützte kommunale Selbstverwaltung zu verhindern,
  - d. und vor allem die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Kultur und Bildung aus den Verhandlungen ausdrücklich herauszunehmen.

### Begründung:

Die EU und die USA verhandeln das transatlantische Abkommen TTIP. Es soll eine der größten Freihandelszonen der Welt schaffen. Versprochen werden Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze. Ähnliches gilt für das bereits fertig verhandelte und kurz vor der Verabschiedung stehende Abkommen CETA mit Kanada und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TISA. Alle drei Abkommen wurden bzw. werden im Geheimen verhandelt. Wirtschaftslobbyisten sind maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt, demokratische Kontrollinstanzen nicht.

Kritiker/innen verweisen auf zwei schwerwiegende Nachteile von TTIP und CETA: Die Investorenschutz-Klausel und das damit verbundene „Sonderklagerecht“ für Konzerne. Sie haben nicht nur, wie bisher, das Recht gegen Staaten zu klagen, wenn der Verlust der Investition droht, sondern zukünftig auch dann, wenn ihnen durch vom Parlament beschlossene Gesetze vermutlich Nachteile entstehen könnten. Diese Regelung würde einen gravierenden Eingriff in die staatliche Souveränität bedeuten und alle politischen Ebenen betreffen.

So könnten in Velbert kommunale Dienstleistungen wie die Wasser- und Abfallentsorgung sowie der öffentliche Nahverkehr betroffen sein. Im Visier stehen aber auch staatlich bezuschusste Bereiche der lokalen Kultureinrichtungen, das Gesundheitswesen, Sparkassen und auch der Einzelhandel durch die Buchpreisbindung.

Die Verhandlungen über dieses einschneidende Abkommen finden hinter verschlossenen Türen statt und stellen somit eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Akzeptanz europäischer Politik und unserer Demokratie insgesamt dar. Statt einer demokratischen Einschränkung und einer einseitigen Einbeziehung von Großunternehmen und ihre Verbände sollten die derzeitigen Verhandlung zu TTIP und CETA gestoppt und ein neues Verhandlungsmandat gestartet werden.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat am 12.02.2014 unter dem Titel „Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge“ einen wegweisenden Beschluss in dieser Angelegenheit gefasst. Dem sollten sich alle Kommunen anschließen, die ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung noch nicht aufgegeben haben. Zahlreiche Kommunen haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst.

Eine aktuelle Studie des Handelsexperten Thomas Fritz zeigt, dass Bundesländer und Kommunen in ihrem politischen Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt werden, wenn das Handels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA in Kraft tritt. Die Studie stützt sich auf durchgesickerte TTIP-Dokumente, darunter das Verhandlungsmandat der EU-Kommission sowie Textentwürfe verschiedener Kapitel des Abkommens. Zudem wurde der bereits fertig verhandelte Text des EU-Kanada-Abkommens CETA herangezogen, das als Blaupause für TTIP gilt. Die Ratifizierung von CETA soll schon im Herbst dieses Jahres beginnen.

Harry Gohr, DIE LINKE / Dirk aus dem Siepen, UVB  
Martin Schwarz, Piraten / Esther Kanschat, Bündnis 90 / Die Grünen

An den  
Vorsitzenden des Schulausschusses  
Frank Röhr  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 20.10.2014

Eil-Antrag der UVB-Fraktion für Schulausschusssitzung am 27.10.2014

Sehr geehrter Herr Röhr,  
hiermit stellt die UVB Fraktion für die Schulausschusssitzung am 27.10.2014 folgenden  
Antrag mit der Bitte um präzise Beantwortung:

Das vorliegende, teilintegrierte Konzept für die neu zu schaffende Sekundarschule in Velbert  
Tönisheide (PDF Format vom 20.10.2014 – als Anlage beigefügt) trägt als Verfasser Herrn  
Mickenheim. Auf Seite 9 des PDF Dokuments unter Punkt 3.3 schreibt Herr Mickenheim:  
„...empfiehlt die Konzeptgruppe...“.

Die UVB Fraktion beantragt die Offenlegung der Namen und Wirkungskreise von diesen  
Personen, die in der Konzeptgruppe mitgewirkt haben sollen. Vorsorglich weisen wir  
daraufhin, dass beim ersten „kooperativen Konzept“ die Gruppe auch aus Vertretern der  
beiden betroffenen Schulen bestand!

Hinweis: Auch das neue „teilintegrierte Konzept“ sollte mit allen beteiligten Personen  
ausgearbeitet werden. Sollte es keine Konzeptgruppe geben, wäre das Konzept rechtlich  
nicht zulässig.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Marcus Babilon  
Fraktionsgeschäftsführer

gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender

Anlage: Teilintegriertes Konzept Sekundarschule

An die/den  
Vorsitzende/n des BZA Velbert–Langenberg  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 16.10.2014

Antrag der UVB–Fraktion

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,  
hiermit stellt die UVB–Fraktion einen Antrag auf Beantwortung folgender Fragen in der  
nächsten BZA–Sitzung hinsichtlich des Bebauungsplans 132.01 Bonsfelder–Hüserstraße:

1. Warum wurden zu dem am 30.09.2014 stattgefundenen Gespräch mit der Interessengemeinschaft Bonsfelder–/Hüserstraße zum Entwurf des Bebauungsplanes 132.01 von der Verwaltung nur Vertreter der CDU eingeladen?
2. Wurden die Bedenken der betroffenen Nachbarn in den Planungsentwurf aufgenommen und wenn ja, wie wurden diese Bedenken planungsrechtlich umgesetzt?
3. Warum gibt es keine beschränkte Ausschreibung für diesen sensiblen Bereich und warum lässt man von Stadtplanungsbüros keine unterschiedlichen Vorschläge für eine 2–bis3–stöckige Bebauung erstellen?

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender

An den  
Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses  
Herrn Torsten Cleve  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 15.10.2014

Antrag der UVB–Fraktion

Sehr geehrter Herr Cleve,  
hiermit stellt die UVB Fraktion den Antrag auf Beantwortung folgender Fragen in der  
nächsten Jugendhilfeausschusssitzung:

1. Wo werden aktuell die in Velbert lebenden Flüchtlingskinder beschult?
  - Grundschulen: Werden die Kinder auf unterschiedliche Grundschulen aufgeteilt oder besuchen die Kinder die zuständige Grundschule im Bereich des Flüchtlingsheims oder besuchen alle Kinder die gleiche Grundschule?
  - Weiterführende Schulen: Auf welche weiterführende Schulen werden die Flüchtlingskinder verteilt? Oder werden die Kinder der Hauptschule Martin–Luther–King zugewiesen?
2. Welche speziellen Fördermaßnahmen kommen diesen Flüchtlingskindern zugute bzw. wie werden diese Kinder in den Unterricht / in das Leben in Velbert vorbereitet?
  - Welche Kosten entstehen hierdurch der Stadt Velbert in welcher Höhe und in welcher Höhe werden Zuschüsse vom Land oder anderen Trägern gewährt?

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender

An die/den  
Vorsitzende/n des Schulausschuss  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 21.09.2014

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,  
hiermit stellen wir für die Schulausschusssitzung am 25.09.2014 noch folgende Anfrage:

Wie viele Schulsozialarbeiter sind an den Velberter Schulen beschäftigt?  
Ist eine Aufstockung geplant?

Begründung:

An vielen Schulen sind Schulsozialarbeiter/innen tätig. Die Schulsozialarbeiter sind Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler bei Problemen allgemeiner Art, die nicht direkt mit dem Unterricht zu tun haben. Schulsozialarbeit ist eine eigenständige, im Schulalltag verankerte Institution, die verschiedene Leistungen der Jugendhilfe wie Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, sowie die Förderung der Kinder in Familien miteinander verbindet. Wegen des zu erwartenden Flüchtlingsaufkommens mit teilweise traumatisierten Kindern und dadurch auch erhöhten Schülerzahlen ist ein Aufstocken der Schulsozialarbeiter dringend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender

An die/den  
Vorsitzende/n des Schulausschusses  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 17.09.2014

Antrag der UVB-Fraktion für Schulausschusssitzung am 25.09.2014

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,  
wir beantragen den Beschluss des Rates der Stadt Velbert vom 15.10.2013 (315/2013), ab dem Schuljahr 2014/15 die Städt. Realschule Heinrich-Kölver-Schule sukzessive aufzulösen, der am 18.02.14 um ein Jahr ausgesetzt wurde, aufzuheben.

Begründung:

Wird der Ratsbeschluss nicht aufgehoben, können an der HKS im Schuljahr 2015/16 keine Anmeldungen erfolgen. Es sollte aufgrund der mangelnden Akzeptanz der Sekundarschule kein weiterer Versuch gestartet werden, diese einzurichten. Ein weiterer Schnellschuss würde erneut zur Verunsicherung der Eltern führen. Mit der Auflösung der HKS hätte Neviges keine weiterführende Schule mehr.

Lösungsvorschlag:

Die HKS bleibt als Realschule erhalten (somit verbleibt eine weiterführende Schule für Neviges/Tönisheide). Die Gesamtschule erweitert ihre Zügigkeit mit dem Gebäude der RS Kastanienallee als Dependance, da die meisten Ablehnungen der Gesamtschule aus Velbert-Mitte stammen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender

An die/den  
Vorsitzende/n des BZA Velbert–Neviges  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 16.09.2014

Antrag der UVB–Fraktion

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,  
nach dem monatelangen Stillstand in der Debatte um eine mögliche Wiedereröffnung einer öffentlichen Toilettenanlage in Velbert–Tönisheide (siehe Zeitungsbericht in WZ) stellt die UVB Fraktion den Antrag, in der nächsten Sitzung des BZA Velbert–Neviges einen Sachstandsbericht abgeben zu dürfen. Nähere Informationen und konkrete Einzelheiten wird unsere Sachkundige Bürgerin während der Ausschusssitzung mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender



An die/den  
Vorsitzende/n des BZA Velbert–Mitte  
Rathaus der Stadt Velbert  
Thomasstraße 1  
42551 Velbert

Velbert, 07.07.2014

Antrag der UVB–Fraktion

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,  
der BZA Velbert–Mitte möge bitte in seiner nächsten Sitzung folgendes beschließen:  
Es findet kurzfristig eine Begehung der Unterstadt von der Sternberg– bis zur Bismarck-  
straße statt. Es wäre sinnvoll, wenn die Herren des Ordnungsamtes, der Immobilien-  
verwaltung, der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei teilnehmen könnten.

Begründung:  
Erfolgt mündlich in der nächsten Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

UVB–Fraktion im Rat der Stadt Velbert  
gez. Dirk aus dem Siepen  
Fraktionsvorsitzender